

*Delli-Unternehmerclub*  
*Bern, 21. Oktober 2013*

# *Zerbricht die Schweiz unter internationalem Druck?*

von

*Peter V. Kunz*

Prof. Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M. (G.U.L.C., Washington D.C.)  
Ordinarius für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung  
Universität Bern  
Geschäftsführender Direktor am Institut für Wirtschaftsrecht (IWR)

[kunz@iwr.unibe.ch](mailto:kunz@iwr.unibe.ch)

[www.iwr.unibe.ch](http://www.iwr.unibe.ch)

# *Inhalt*

---

1. Einleitung
2. Am Anfang war...
3. Drei Folgen
4. Chronologie zum US-Steuerstreit
5. Schlussbemerkungen

*Am Anfang war...*

... die UBS

?

?



?

?

?

## *Am Anfang war...*

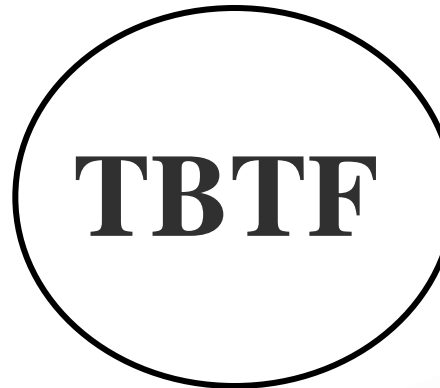
### Besonderheiten seit «Gründung», und dann 2007/2008

- 1. Rettung wegen TBTF  
Ursache: *Investment Banking* («Sub Prime Loans» etc.)
- 2. Rettung (erneut wegen TBTF)  
Ursache: *Private Banking*/Cross Border Investment Management
- Folgen  
generell = (i) *Dammbruch* + speziell = (ii) *US-Steuerstreit* (für andere Schweizer Banken)

## *(i) Drei Folgen*

### Too big to fail

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK  
BANQUE NATIONALE SUISSE  
BANCA NAZIONALE SVIZZERA  
BANCA NAZIUNALA SVIZRA  
SWISS NATIONAL BANK



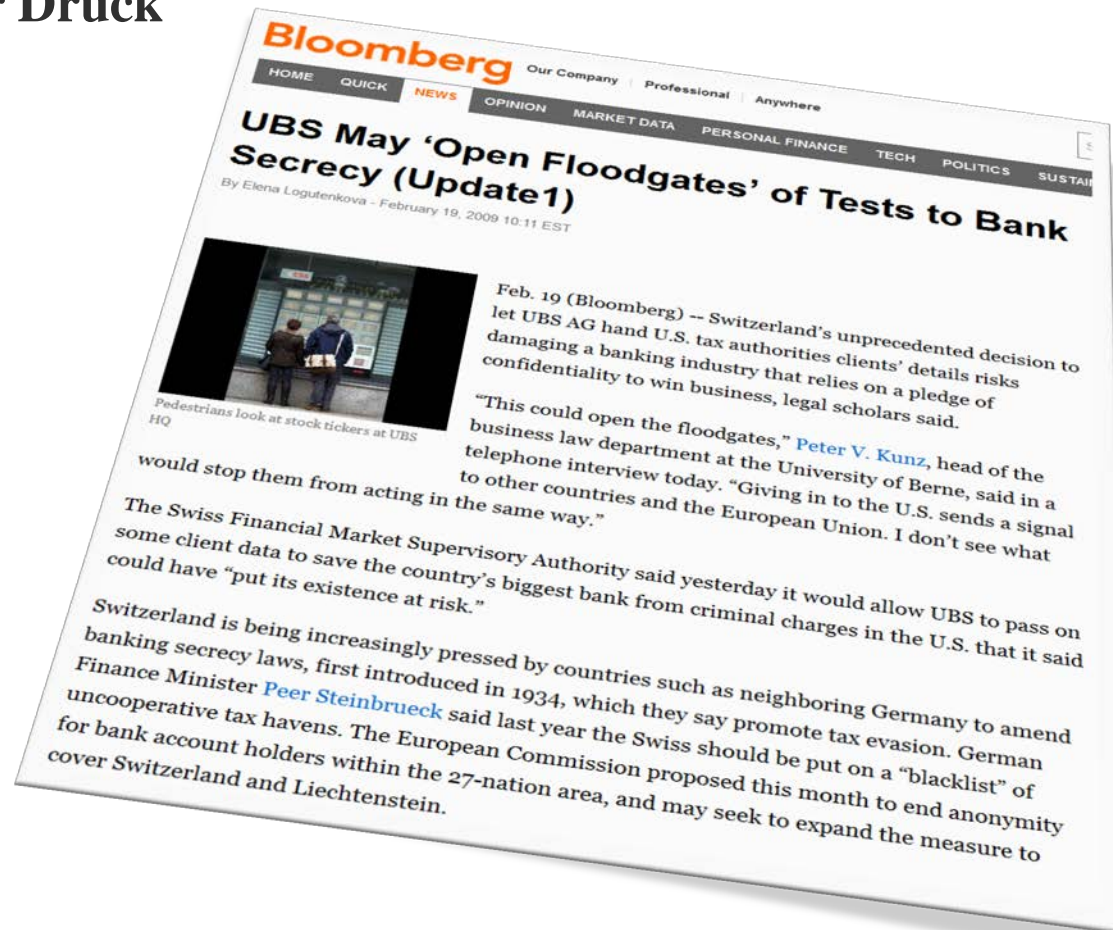
# *Too Big To Fail*

## Internationale Entwicklungen

- u.a. *Basel III*  
Fokus auf Vorsorge (Eigenkapital, Liquidität etc.)
- aktuell: EU-Bankenunion  
(i) *Aufsicht durch EZB* + (ii) geplante einheitliche *Abwicklungsmechanismen*
- Fazit:  
kein internationaler Druck, ganz im Gegenteil – CH als Vorreiterin...

## (ii) Drei Folgen

### Internationaler Druck



*Internationaler Druck durch Staaten etc.*





# *Dammbruch...*

## ... wegen UBS + FINMA (+ BR)

- Datenlieferung durch FINMA:  
zentraler *Katalysator* für andere Staaten, OECD etc.
- Rettungsversuche  
div. *DBA-Revisionen* + Konzept der *Abgeltungssteuer* (UK + Oe; gescheitert: D)
- Aktualitäten  
v.a. *AIA* – was ist «offizielle» Strategie? Rev. StAhiG betreffend „Datendiebstahl“ etc.?

### *(iii) Drei Folgen*

## US-Steuerstreit



# Chronologie

<b>Apr 07</b>	<b>Der ehemalige UBS-Kundenberater Bradley Birkenfeld informiert das IRS über die systematische Beihilfe zur Steuerhinterziehung bei der UBS.</b>
<b>19. Jun 08</b>	Birkenfeld erklärt sich vor einem amerikanischen Gericht schuldig, für UBS-Kunden Geld am Fiskus vorbeigeschleust zu haben. Er wird zu 40 Monaten Gefängnis verurteilt.
<b>16. Jul 08</b>	<b>Amtshilfegesuch des IRS an die EStV.</b>
<b>18. Feb 09</b>	<b>Übermittlung von 250 Kundendossiers von der FINMA ausserhalb des Amtshilfewegs (Deferred Prosecution Agreement); Rückzug des Amtshilfegesuches der USA.</b>
<b>19. Feb 09</b>	<b>In den USA wird beim zuständigen Gericht in Miami die Herausgabe von 52'000 Dossiers von UBS-Kunden verlangt.</b>
<b>30. Apr 09</b>	Amicus curiae Brief des Bundesrats.
<b>30. Jun 09</b>	Bekräftigung der US-amerikanischen Behörden, Zivilklage gegen die UBS zu vollstrecken.

## Chronologie

07. Jul 09	Replik des Bundesrats mit einer Wiederholung, wonach das Schweizer Recht eine erzwungene Herausgabe der Kundendaten verbietet.
12. Jul 09	Die amerikanische Regierung und die UBS ersuchen den Bundesrat zur Unterstützung des Gerichts in Miami.
12. Aug 09	Mitteilung der Schweiz und der USA an den zuständigen Richter, dass ein Vergleich erzielt wurde.
19. Aug 09	<b>Nach monatelangem Tauziehen einigen sich die Schweiz und die USA auf einen aussergerichtlichen Vergleich. Das IRS erhält 4450 UBS-Kundendaten. Die UBS zahlt zudem eine Busse von 780 Millionen Dollar.</b>
31. Aug 09	Neues Amtshilfegesuch der IRS um 4450 UBS-Konten.
17. Nov 09	Veröffentlichung des Anhangs zum UBS-Abkommen.
21. Jan 10	Das Bundesverwaltungsgericht blockiert die Herausgabe von Kundendaten auf Basis des Abkommens mit der Begründung, das UBS-Abkommen gehe in Teilbereichen über den im Doppelbesteuerungsabkommen vom 2. Oktober 1996 festgelegten Amtshilferahmen hinaus.

# Chronologie

27. Jan 10	Der Bundesrat beschliesst aufgrund einer Analyse des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts, die Gespräche mit den USA fortzuführen.
31. Mrz 10	Vorlage eines leicht modifizierten Änderungsprotokolls vom Bundesrat ans Parlament, um die vom Bundesverwaltungsgericht beanstandeten Mängel zu beheben.
Jun 10	<b>National- und Ständerat heissen den UBS-Vergleich in Form eines Staatsvertrages mit den USA gut.</b>
15. Jul 10	Das Bundesverwaltungsgericht weist eine Beschwerde ab, mit welcher eine UBS-Kundin die Herausgabe ihrer Kundendaten an die amerikanischen Steuerbehörden verhindern wollte.
01. Nov 10	<b>Eveline Widmer-Schlumpf übernimmt von Hans-Rudolf Merz die Leitung des Finanzdepartements. Die Schweiz verhandelt weiterhin mit den USA über eine so genannte «Globallösung» für den gesamten Finanzplatz.</b>
15. Nov 10	Nach Erhalt der meisten UBS-Kundendaten zieht die US-Steuerbehörde IRS ihre zivilrechtliche Klage gegen die UBS zurück. Sie will aber gegen weitere Banken in der Schweiz ermitteln.
Feb 11	<b>Die USA haben inzwischen neben der CS weitere Banken im Visier, darunter die HSBC Schweiz, die Basler und Zürcher Kantonalbanken, Julius Bär und die Bank Wegelin. Einer der Vorwürfe: Die Banken hätten Ex-UBS-Kunden angeworben und ihnen angeboten wieter nicht deklarierte Gelder zu verwalten.</b>

# Chronologie

09. Dez 11	Das US-Justizministerium verlangt von Schweizer Banken auch Namen von Kundenberatern. Das schweizerische Recht verbietet aber die direkte Herausgabe von Dokumenten mit Namen von Mitarbeitenden.
18. Jan 12	Der Bundesrat entscheidet, dass codierte Bankdaten ans US-Justizministerium geliefert werden dürfen. Den Schlüssel zur Decodierung sollen die USA im Rahmen von Aufsichts- und Rechtshilfeverfahren erhalten – oder wenn eine globale Lösung im Steuerstreit vereinbart ist.
27. Jan 12	<b>Die Lage spitzt sich zu: Die Besitzer der Bank Wegelin verkaufen unter dem Druck der USA ihr Nicht-US-Geschäft an die Raiffeisen Gruppe. Einen Grossteil der Bank führt die Raiffeisengruppe unter dem Namen Notenstein weiter.</b>
16. Mrz 12	<b>Das Schweizer Parlament erklärt sich mit Gruppenanfragen aus den USA einverstanden und stimmt einer entsprechenden Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens zu.</b>
04. Apr 12	Der Bundesrat erlaubt den Banken auch die Herausgabe von uncodierten Mitarbeiterdaten an die USA. Er erteilt den in einem Verfahren stehenden Banken eine Bewilligung nach Art. 271 Ziff. 1 StGB zur Wahrung ihrer Interessen, insbesondere zur Darlegung ihres Geschäftsgebarens.
11. Apr 12	Das Bundesverwaltungsgericht stoppt auf die Klage eines CS-Kunden die Lieferung von Kundendaten der Credit Suisse an die USA, weil seiner Ansicht nach das amerikanische Amtshilfegesuch den Anforderungen nicht genügt.
11. Sep 12	<b>Die amerikanische Steuerbehörde IRS belohnt Bradley Birkenfeld für seine Informantenrolle mit 104 Millionen Dollar.</b>

# Chronologie

Herbst 2012	Das DoJ übernimmt vom IRS den Lead bei den Gesprächen über die Vergangenheitslösung. Der Fokus wechselt von der Lieferung von Kundendaten auf die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Schweizer Banken.
04. Dez 12	Die Schweiz und die USA einigen sich auf die Einführung des «Foreign Account Tax Compliance Act» (Fatca) auf voraussichtlich 2014. Damit wollen die USA erreichen, dass sämtliche Auslandskonten von US-Steuerpflichtigen besteuert werden können. Das Abkommen wird am 14. Februar 2013 unterzeichnet.
03. Jan 13	Die Bank Wegelin gibt in den USA ein Schuldgeständnis ab und gesteht damit ein, Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet zu haben. Im März wird das Strafmass bekannt: Die Busse beläuft sich auf 74 Millionen Dollar.
21. Mrz 13	Auf ein präziser formuliertes Amtshilfegesuch der US-Steuerbehörde hin erlaubt das Bundesverwaltungsgericht die Lieferung von Kundendaten der Credit Suisse an die USA.
24. Mai 13	Michael Ambühl, der Schweizer Chefunterhändler der Verhandlungen um eine Globallösung, gibt seinen Rücktritt bekannt.
28. Mai 13	Nach der UBS und der Credit Suisse sieht sich auch Julius Bär mit einer Gruppenanfrage konfrontiert. Die IRS reicht bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ein Amtshilfegesuch gegen Kunden der Bank ein.
29. Mai 13	«Globallösung» für alle Banken: Der Bundesrat legt ein dringliches Gesetz vor, das es den betroffenen Geldhäusern erlaubt, sich mit Datenlieferungen und Ablasszahlungen an die USA freizukaufen.

# Chronologie

19. Jun 13	Die «Lex USA» scheitert im Parlament. Gleichzeitig verabschieden National- und Ständerat jedoch eine gleichlautende Erklärung, in der sie zum Schluss gelangen, dass die Schweizer Banken im Steuerstreit mit den USA ihre Vergangenheit bereinigen sollen.
20. Jun 13	Der Ständerat heisst als erste Kammer mit dem Fatca-Abkommen den künftigen Informationsaustausch mit den USA gut.
03. Jul 13	Nach dem Nein des Parlaments zur «Lex USA» legt der Bundesrat «Plan B» vor. Die Banken erhalten die Möglichkeit, beim Bund Einzelbewilligungen zu beantragen, um Daten an die US-Behörden auszuliefern. Diese Lösung wird auf Art. 271 StGB gestützt.
05. Jul 13	Die Schweiz darf den USA Daten von Kunden der Credit Suisse liefern. Das Bundesgericht weist die Beschwerde von betroffenen Personen ab. Laut Gericht ist die von der IRS gestellte Gruppenanfrage rechtlich nicht zu beanstanden.
29. Aug 13	Die USA und die Schweiz unterzeichnen eine Vereinbarung (Joint Statement), mit der der Steuerstreit faktisch beigelegt ist. Die Lösung definiert den Rahmen für die Kooperation der Banken mit den amerikanischen Behörden. Die USA sollen dabei die Souveränität und die Rechtsordnung der Schweiz respektieren.



# Schlussbemerkungen

---

## 1. Realitäts-Check

Schweiz ist international vernetzter Kleinstaat, der *selten am «längeren Hebel»* sitzt; doch teils haben wir uns wohl *«zu billig» verkauft...* «Bluffen» ist keine Schweizer Qualität.

## 2. Widerstand...

... scheint zwecklos bei *unvermeidlichen Entwicklungen*; insbesondere scheint *AIA alternativlos*, wobei die Thematik nicht zwangsläufig ins «Inland» zu transferieren ist; Finanzplatz steht – in jedem Fall – vor grundlegenden Veränderungen und *Strukturbereinigungen*.

## 3. Internationale Pressionen...

... kamen und kommen immer wieder vor: «Holocaust»-Debatte mit USA, Revisionsrecht (nach «Enron» in der Folge von «SOX»); Spezialfall: «autonomer Nachvollzug von EU-Recht»!

## 4. US-Steuerstreit

Globallösung war a priori illusorisch / aktuelle Hauptprobleme dürften gelöst sein mit DoJ / grosse Illusion über «Widerstand» des Parlaments bei «Lex USA» / strafrechtliche *Anklagen von Banken* unwahrscheinlich – aber: Rechtsunsicherheiten und *Kostenrisiken* noch gross...

---

# Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit..!

*Peter V. Kunz*

Universität Bern  
Institut für Wirtschaftsrecht  
Schanzeneckstrasse 1  
CH-3001 Bern  
Tel.: 031 / 631 55 88

[kunz@iwr.unibe.ch](mailto:kunz@iwr.unibe.ch)

[www.iwr.unibe.ch](http://www.iwr.unibe.ch)